

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei vollen Zahlungen im Voraus für Groß-Berlin 10.00 M., im voraus zahlbar, von der Provinz selbst abgeholt 8.50 M. ...

Die achtspaltigen Anzeigenblätter oder deren Raum kostet 2.- M., einschließlich Teuerungszulage. Keine Anzeigen: Das teigedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.20 M., einschließlich Teuerungszulage. ...

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die letzte Hoffnung

Der Rechtssozialist ist zerronnen. Sie hofften auf einen „Stimmungsumschwung“ der Wähler, wie heute morgen der „Vorwärts“ schreibt, der die gewaltige Wahlniederlage der Rechtssozialisten vom 6. Juni korrigieren sollte. Statt dessen hat gestern Abend eine riesig besuchte Konferenz aller Funktionäre der U. S. P. D. die völlige Uebereinstimmung der Masse der Berliner Arbeiter, Angestellten und Beamten mit der Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Regierungsbildung zum Ausdruck gebracht. Weit davon entfernt, den gleichnerischen Worten der Rechtssozialisten irgendwie zu trauen, wissen die Wähler, daß das Verhalten dieser Partei lediglich auf Säumenfang eingestellt ist.

Nicht die Unabhängige Sozialdemokratie ist daran schuld, wenn jetzt eine bürgerliche Regierung gebildet wird. Das ist vielmehr

### die Folge der rechtssozialistischen Koskopolitik,

Da die Reaktion und den Militarismus dauernd gestärkt hat, die nach dem Kapp-Putsch die Bildung einer sozialistischen Regierung verhinderte, die die acht Forderungen der Gewerkschaften mit Unterstützung der Bürgerlichen sabotierte, die verantwortlich dafür ist, daß eine Schwächung der deutschen Arbeiterklasse und eine gewaltige Minderung des Ansehens des Sozialismus eingetreten ist. Auch jetzt noch ist die Politik der rechtssozialistischen Partei lediglich eine Stärkung des Bürgertums. Die Rechtssozialisten wollen auch jetzt keine sozialistische Regierung, geloben aber einer Regierung, in der die Schwerindustriellen durch die Deutsche Volkspartei den maßgebenden Einfluß haben, „wohlwollende Neutralität“, das heißt Unterstützung gegen die Arbeiterklasse.

So wenig die Rechtssozialisten jemals wirklich ein Zusammenarbeiten mit der Unabhängigen Sozialdemo-

kratie in einer sozialistischen Regierung gewünscht haben, so wenig aber auch sind sie bereit, in der Einheitsgemeinde Groß-Berlin wirklich sozialistische Politik zu treiben. Einer ihrer Führer, Dr. Borchardt-Charlottenburg, ist schärfster Gegner der Einheitsgemeinde. Er forderte in einer bürgerlichen Zeitung die bürgerlichen Parteien auf, der Schaffung der Einheitsgemeinde den allerhöchsten Widerstand entgegenzusetzen. Trotzdem ist dieser Mann, der die ganze Unzuverlässigkeit rechtssozialistischer Arbeitervertreter zeigt, noch heute einflussreichster Führer der S. P. D.

Die rechtssozialistische Partei hat auch bisher sowohl in Berlin wie in allen Vororten sehr häufig das Bürgertum gegenüber der Arbeiterklasse gestützt. Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie, die eine Fürsorge der Minderbemittelten bezweckten, sind häufig von den Rechtssozialisten gemeinsam mit den Bürgerlichen abgelehnt worden. Auch in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung besteht keine Gewissheit, daß die Rechtssozialisten gemeinsam mit der Unabhängigen Sozialdemokratie wirklich sozialistische Politik treiben werden. Schon jetzt scheitern sie nach dem Bürgertum und sind bereit, bei der ersten Gelegenheit die Interessen der Arbeiterklasse zu verraten.

### Arbeiter! Angestellte, Beamte!

Wenn Ihr nicht wollt, daß auch in der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung das Bürgertum seinen alten Einfluß behält, die Arbeiterklasse geschwächt, sozialistische Maßnahmen verhindert werden,

wenn Ihr aber wollt, daß in der Einheitsgemeinde mit fester Entschlossenheit und unerschütterlichem Willen, getragen von einer festen, zielklaren und sozialistischen Ueberzeugung, die Interessen der Minderbemittelten vertreten werden,

wenn Ihr wollt, daß die Einheitsgemeinde das leuchtende Beispiel einer sozialistischen Kommune wird, dann müßt Ihr am 20. Juni stimmen für 5'

## Der Steuerabzug.

Etwa zehn Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte alle, die in festem Lohn oder Gehalt stehen, werden vom 25. Juni ab eine der vielen Schönheiten des neuen Einkommenssteuergesetzes zu spüren bekommen. Der zehnprozentige Abzug, der von diesem Tage an bei allen Zahlungen von den Unternehmern vorgenommen werden muß, wird eine neue Verschlechterung der Lebenslage großer Schichten der werktätigen Bevölkerung herbeiführen. Der Steuerabzug legt dem Steuerpflichtigen in diesem Jahre eine doppelte Verpflichtung auf: er muß die bisherigen Steuern im vollen Umfang weiter entrichten, er hat außerdem noch einen erheblichen Vorstoß auf die Steuerleistung vom nächsten Jahre zu bezahlen. Bei dieser Gelegenheit muß an die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Mahnung gerichtet werden, sich ihre Bezüge bis zum 24. auszahlen zu lassen, da sie bis dahin abgabenfrei sind. Das gilt auch für solche Fälle, in denen Gehalt oder Lohn im voraus, selbst für längere Perioden, gezahlt werden. Die Behörden und viele Privatunternehmungen sind aus guten Gründen beispielsweise vorangegangen; sie erwarpen sich einen Monat lang die Last des Markenlebens und zögern außerdem die Erfüllung der unbedingt zu erwartenden Forderung, daß der Lohnabzug durch eine Lohnerhöhung wettgemacht werden müsse, um diesen Zeitraum hinaus. Die Arbeiter und Angestellten sollten deshalb überall verlangen, daß ihnen spätestens am 24. Juni Lohn oder Gehalt ausbezahlt wird.

Mit dem Steuerabzug ist den Angestellten, Arbeitern und Beamten, also der minderbemittelten Bevölkerung eine Verpflichtung auferlegt worden, die der selbständige Gewerbetreibende, die die kapitalistischen Kreise nicht zu erfüllen brauchen. Diese zahlen ihre Steuern erst nach erfolgter Veranlagung; die Kapitalisten versteuern also ihr diesjähriges Einkommen erst in etwa Jahresfrist, die Lohn- und Gehaltsempfänger müssen einen erheblichen Teil davon schon jetzt zahlen, sie müssen doppelt Steuern zahlen, ja sie müssen in außerordentlich vielen Fällen viel mehr zahlen, als sie eigentlich verpflichtet sind. Das Reich verhofft sich auf diese Weise große flüssige Geldmittel. Nehmen wir an, daß im Durchschnitt etwa 500 Mark im Monat verdient werden, so fließen dem Reich jetzt allmonatlich, gelinde gerechnet, 50 Millionen Mark bares Geld zu, im Jahre mindestens 6 Milliarden, die es ohne jede Verpflichtung zur Zinsleistung entgegennimmt, noch dazu für eine Leistung, die eigentlich erst ein Jahr später zu erfüllen ist. Das ist aber noch nicht alles. Diese ungeheure Auflage ist gerade der ärmsten Bevölkerung aufgedrückt worden, denjenigen Kreisen also, die ohnehin in Elend und Not zu versinken drohen. Auf den Gunst der Armen wird also im wahren Sinne des Wortes die Grundlage des Reiches aufgerichtet.

Mit dieser versteckten Anleihepolitik hat die Regierung den Weg fortgesetzt, den sie bei der Neuordnung der Gebührenordnung für das Telefonwesen eingeschlagen hat. Vom 1. Juli an muß jeder Inhaber eines Telefonanschlusses 1000 Mark zinslos der Reichspostverwaltung zur Verfügung stellen; bei den Benutzern von Nebenanschlüssen ist dieser Betrag auf 200 Mark festgesetzt worden. Die Postverwaltung errechnet aus diesen Abgaben einen Gesamtzufluss von einer Milliarde Mark, die sie zum Ausbau und zur Verbesserung des Fernsprechwesens benutzen will. Sie hat diese Maßnahme damit begründet, daß das Reich ihr die notwendigen Betriebsmittel bei der augenblicklichen Finanzlage nicht zur Verfügung stellen könne, die Ausdehnung einer Anleihe für die Zwecke der Postverwaltung sei ausgeschlossen. Also müßten die Fernsprechteilnehmer auf diese Weise gezwungen werden, das notwendige Betriebskapital für die Postverwaltung aufzubringen.

Bei der hier geschilderten Maßnahme konnte man die beruhigende Versicherung hören, daß durch diese Zwangsanleihe in den allermeisten Fällen nur leistungsfähige Kreise betroffen würden. Wer sich ein Telefon halten könne, so wurde damals versichert, müsse sowieso mit solchen Steuern rechnen. Diese Entschuldigung fällt bei der Zwangsanlage an die minderbemittelten Steuerzahler durch den Steuerabzug fort. Hier entpuppt sie sich als eine antisoziale Maßnahme der schärfsten Art, für die nicht eine Reichsbehörde allein verantwortlich ist, sondern voran die Parteien der Nationalversammlung, die Schuld tragen, die das Einkommenssteuergesetz in seiner jetzigen Form beschlossen haben. Das waren nicht allein die bürgerlichen Parteien; auch die Rechtssozialisten, das muß festgestellt werden, haben gefordert, daß der Arbeiter und Angestellte im vollen Umfang zur Steuerleistung herangezogen werde, und sie haben gerade den Steuerabzug

## Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

### Auflösung des dänischen Reichstages.

Neuwahlen am 6. Juli.

Kopenhagen, 18. Juni.

Die „Politiken“ meldet, hat die dänische Regierung gestern beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die nächsten Vollsitzungswahlen werden am 6. Juli abgehalten.

Hiernach scheint die Regierung damit zu rechnen, daß es noch mehr als einen Monat dauern wird, ehe die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind und die Souveränität über die erste Zone Nordschleswigs an Dänemark übergeben kann.

### Die englischen Eisenbahner zur irischen Frage.

London, 17. Juni. (Reuter.)

Die Konferenz der englischen und irischen Eisenbahner in Bristol verurteilte die Missetaten in Irland. Die irischen eine Folge der Zollfrage seien, daß das Land nicht entsprechend dem Wunsch des Volkes regiert werde. Die Konferenz richtete einen Appell an das irische Volk, selbst die verwerflichen Handlungen zu verhindern und einen solchen wie die Regierung, keine Forderung durch Anwendung von Munition zu begeben.

Der Kongreß beschloß endlich, daß eine Abordnung sowohl aus Nord- wie aus Südrland Lord George vorführen sollte.

Herbeiführung einer dauernden Vereinbarung unterbreiten soll. Lord George wird die Deputation morgen empfangen.

### Neue Truppen Transporte nach Tland.

London, 17. Juni. (Reuter.)

Heute sind aus England große Truppenabteilungen in Dublin eingetroffen. Sie werden sofort über die Unruhebezirke verteilt werden.

### Die Verhandlungen mit Krasin.

H.N. London, 18. Juni.

Lord George hielt gestern im Unterhaus eine Rede, in der er die von der Arbeitliche-Presse aufgestellte Behauptung, Amerika habe gegen die Verhandlungen mit Rußland protestiert, scharf bestritt und hinzufügte, daß Japan die Absicht kundgegeben habe, sich an den Verhandlungen mit Krasin zu beteiligen.

### Rußland und Persien.

London, 17. Juni. (Reuter.)

Krasin hat heute Abend dem russischen Minister des Auswärtigen, Prinzen Girek, einen Besuch ab und hatte eine lange Unterredung mit ihm.



als ein vorzügliches Mittel zur Erreichung dieses Zweckes  
gegriffen.

Wir haben schon gesagt, daß der zehnpromzentige Steuer-  
abzug in unzähligen Fällen nicht etwa eine Leistung dar-  
stellt, die im nächsten Jahre auf alle Fälle zu erfüllen wäre,  
sondern daß sie die minderbemittelte Bevölkerung weit über  
ihre Verpflichtungen hinaus belastet. Wir wollen das an  
einigen aus dem Leben herausgegriffenen Beispielen, die  
noch beliebig vermehrt werden können, erläutern.

1. Ein lediger Angestellter, dessen Einkommen  
7200 Mark beträgt, würde nach Abzug des steuerfreien Teils von  
1800 Mark und der Zahlungen für soziale Verpflichtungen an  
Gewerkschaftbeiträgen, an Zahrgeld usw. ein steuerbares Ein-  
kommen von etwa 6000 Mark haben. Dafür hätte er nach dem  
Einkommensteuergesetz 600 Mark an Steuern zu entrichten. Ab-  
gezogen werden ihm 720 Mark, so daß er nicht nur seine Steuer  
im voraus bezahlt, sondern darüber hinaus noch 120 Mark  
zinslos dem Reich zur Verfügung stellen muß, die ihm  
wenn er weiß wann wieder zurückerstattet werden.

2. Ein verheirateter Metallarbeiter mit zwei  
Kindern, dessen Einkommen 8400 Mark beträgt, würde einen  
steuerfreien Teil von 3400 Mark haben; dazu kämen die Abzüge  
für Krankenkasse, Invalidenversicherung, Steuerklasse, Gewerks-  
chafts- und Vorkostenbeiträge, Zahrgeld usw. von  
etwa 1260 Mark, so daß er ein steuerbares Einkommen von  
3700 Mark hätte. Die Steuer beträgt 421 Mark, abgezogen  
werden ihm 840 Mark, so daß er 419 Mark dem Reich zinslos  
auf Zahrgeld oder noch darüber hinaus zur Verfügung stellen  
muß.

3. Ein Arbeiter mit erwerbstätiger Frau und  
vier Kindern. Einkommen des Mannes 9600 Mark, der Frau  
5700 Mark, zusammengenommen auf 15300 Mark. Der steuer-  
freie Teil beträgt 4100 Mark, die Abzüge für die Krankenkasse,  
Invalidenversicherung, Steuerklasse, Gewerkschafts- und Partei-  
beiträge, Arbeitslosenversicherung, Ausgaben für Vorkosten  
und Pflegs der Kinder, die zusammen etwa 2200 Mark betragen  
würden. Es bleibt ein steuerbares Einkommen von 7400 Mark,  
für das die Steuer 978 Mark beträgt. Abgezogen werden 1450  
Mark, subiel also 472 Mark.

4. Ein Witwer mit fünf Kindern, mit einem Ein-  
kommen von 14500 Mark. Der steuerfreie Teil macht 4800 Mark  
aus. Er ist zu folgenden Abzügen verpflichtet: Krankenkasse, In-  
validenversicherung, Steuerklasse, Gewerkschafts- und Partei-  
beiträge, Zahrgeld, Arbeitslosenversicherung, Ausgaben für Vorkosten  
und Pflegs der Kinder, die zusammen etwa 2200 Mark betragen  
würden. Es bleibt ein steuerbares Einkommen von 7400 Mark,  
für das die Steuer 978 Mark beträgt. Abgezogen werden 1450  
Mark, subiel also 472 Mark.

Diese wenigen Beispiele zeigen noch längst nicht die  
Trassierten Fälle dar. Wir haben dabei noch nicht einmal  
berührt, die zwar ein Einkommen haben, und denen  
keine Steuerabzüge gemacht werden; die aber in Wirk-  
lichkeit gar nicht steuerpflichtig sind, weil bei der  
Verpflichtung der sozialen Verbindlichkeiten selbst das neue  
Einkommensteuergesetz keine Handhabe zu ihrer Voraus-  
zahlung zur Steuerzahlung gibt. In solchen Fällen muß  
der Lohnabzug reißlos zurückgerufen werden, bis dahin  
geht aber den Armen ein erheblicher Teil  
ihres Einkommens verloren.

Auf alle die anderen Zugänge, die das neue Ein-  
kommensteuergesetz für die minderbemittelte Bevölkerung  
enthält, braucht heute nicht eingegangen zu werden, weil  
der Arbeiter vorläufig noch nicht von der Veran-  
gung, sondern erst von dem Steuerabzug ge-  
troffen wird. Unsere Darstellung zeigt, wie schluderig und  
arbeitslos die Nationalversammlung gearbeitet hat.  
Wohl das Kapital, wie sich bei der Sparprämien-Anleihe  
erweisen hat, dem Reich keine Mittel mehr zur Verfügung  
stellen will, werden jetzt aus der Taube der Armen Nissen  
geschitten. Eine der ersten Aufgaben des neuen Reichs-  
tages muß es sein, diese skandalöse Benachteiligung  
der minderbemittelten Bevölkerung  
auf schnellstem Wege abzuschaffen!

## Die Regierungskasse.

Am gestrigen Donnerstag wurden bis zu später Nacht  
die Bemühungen fortgesetzt, ein Kabinett zu bilden. Herr  
Fehrenbach hatte sich mit Demokraten und Rechtssozialisten  
in Verbindung gesetzt und mit ihnen längere Zeit verhandelt.  
Zwischen durch besprach sich Herr Fehrenbach mit Herrn  
Dr. Heine von der Deutschen Volkspartei. In den Verhand-  
lungen der alten Koalitionsparteien wurden Vertreter der  
Deutschen Volkspartei nicht hinzugezogen. Am Nachmittag be-  
traten sich Fehrenbach, Krimborn, Dr. Petersen, Kaufmann,  
Hermann Müller und Lohse zum Reichspräsidenten Ebert. Alle  
diese Besprechungen sind ergebnislos geblieben, da die  
Rechtssozialisten endgültig erklärten, sie  
wollten sich nicht an der Regierungsbildung  
beteiligen, und daß man daher von weiteren Be-  
mühungen zum Eintritt in das Kabinett ab-  
sehen müsse.

Inzwischen hatte die demokratische Fraktion im Abgeordneten-  
haus eine verheerende Sitzung abgehalten, in der, wie wir aus  
dem „Berliner Tageblatt“ erfahren, die programmatische Er-  
klärung der Deutschen Volkspartei einigermassen überraschend  
wirkte. Es wurde dort festgestellt, daß Dr. Heine von der  
Deutschen Volkspartei, sich nur an die Rechtssozialisten gewendet,  
und als er von ihnen eine ablehnende Antwort erhielt, seinen  
Auftrag sofort an den Reichspräsidenten zurückgegeben habe. Es  
sei also ein unheiliges Spiel, wenn man den Demokraten zum  
Vorwurf mache, sie hätten die Bildung einer rein bürgerlichen  
Regierung verhindert. In der Sitzung war, wie weiter berichtet  
wird, unter diesen Umständen nur wenig aber gar keine Stim-  
mung für ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei  
vorhanden, und es wurde der Wunsch laut, noch einmal einen  
Versuch zu unternehmen, unter Einziehung der Rechtssozial-  
isten die alte Koalition wieder herzustellen.

Die späteren Verhandlungen beim Reichspräsidenten gälten  
der Frage, wie sich die Rechtssozialistische Fraktion zu einer  
einigen Regierung, die aus der Demokratischen Partei,  
dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei  
bestünde, verhalten würde. Die sozialdemokratischen Vertreter er-  
klärten, daß sie dem neuen Kabinett angeschlossen der Verhandlungen  
in Spa keine Schwierigkeiten bereiten würden,  
daß sie sich aber natürlich alle Schritte vorbehalten müßten, wenn  
die Regierung eine außerordentliche Politik einschlagen würde.  
Ein ausdrückliches Vertrauensvotum würde die sozialdemokrati-  
sche Fraktion freilich dem neuen Kabinett nicht geben können,  
aber sie würde andererseits nicht für ein Vertrauens-  
votum stimmen. Die sämtlichen sozialdemokratischen Pri-  
nzipien würden zurücktreten. Dagegen würden die sozial-  
demokratischen Einzelvertreter nur insofern aus ihren Ämtern  
schelden, als es sich um sogenannte parlamentarische Staats-  
verträge handelte. Alle anderen würde man als Be-  
amtete ansehen und sie nicht zum Aufgeben ihrer Positionen  
veranlassen. Dasselbe sei von den sozialdemokratischen Beamten  
überhaupt zu sagen.

Heute vormittag hält die demokratische Reichs-  
tagssession wiederum eine Sitzung ab. Die Demokraten  
sprechen sich mit den obigen Erklärungen der Rechtssozialisten  
nicht zufrieden zu geben. Sie wünschen ziemlich weit-  
gehende Zusicherungen, daß die Rechtssozialisten sich  
gegenüber einer Regierung, in der sie vertreten sind, nicht un-  
freundlich verhalten werden. Nach ihrer Entscheidung zum heutigen  
Tage will sich Fehrenbach entschließen, ob er seine Be-  
mühungen weiter fortsetzt. Sind die Demokraten zum Eintritt  
in die Regierung bereit, so wird Fehrenbach zum Reichstagsleiter  
ernannt werden.

Bei Redaktionschluss geht uns die Nachricht zu, daß es  
der Stand der Verhandlungen zwischen den Parteien wahr-  
scheinlich erscheinen läßt, daß das Kabinett Fehren-  
bach zustande kommt und heute noch gebildet wird. Die  
Deutsche Volkspartei hat ihren Widerstand gegen die in  
Aussicht genommene Koalition aufgegeben und auch die

Demokraten hatten nach zum Eintritt in die Regierung  
bereit. Sie machen jedoch ihren Eintritt in die Regierung  
davon abhängig, daß die Rechtssozialisten sich ver-  
pflichten, bei entscheidenden Abstimmungen ein Ver-  
trauensvotum für die Regierung abzugeben.

## Ebert und die Kapitäne.

Der Reichspräsident Ebert hat an die Marine einen Befehl  
erlassen, in dem er heißt:  
„Die Marsunruhen und ihre Folgeerscheinungen hatten  
in der Marine zu schweren Gegensätzen geführt und die Er-  
haltung der uns geliebten Wehrkraft zur See ernstlichst  
in Frage gestellt.“

Mit Befriedigung habe ich daher die Meldung des Reichs-  
wehrministers empfangen, daß am 21. Mai, dem Jahrestag der  
Verfassung vor dem Stagerat, die Offiziere, die nach Prüfung  
der Vorgänge als unbefähigt befunden worden sind, den  
ihnen zufallenden Dienst ordnungsmäßig wieder aufnehmen  
konnten. Damit ist die militärische Ordnung in der Marine,  
wie sie die gesetzlichen Bestimmungen und die Organisations-  
vorschriften verlangen, wieder hergestellt.“  
Die Marinetruppen, die während der Kapplage die „Ver-  
fassungstreue“ ihrer Offiziere kennen gelernt haben, sind anderer  
Meinung, wie Herr Ebert. Aber was tut's. Herr Ebert hat  
„mit Befriedigung“ wahrgenommen, daß die Befehlshaber  
nicht der Wahrheit entsprechen. Er kann sich also bis zum  
nächsten Putsch darüber freuen, daß die nach seiner Meinung  
„unbefähigten“ Offiziere sogar noch am Jahrestag der Verfassung  
den Dienst wieder aufgenommen haben.

## Ernennungen für den Reichswirtschaftsrat.

Der Reichstag hat die zwölf Mitglieder des Reichswirt-  
schaftsrates, die er selbst zu berufen hat, nunmehr ernannt.  
Unter dem Vorsitz des Ministers David hat der Reichstag folgende  
Vertreter des Großkapitals in Industrie und  
Handel und Sandidi von Handelskammern und  
Unternehmerorganisationen zu Mitgliedern des  
Reichswirtschaftsrates ernannt:

1. Generaldirektor Dr. Bangen-Adn.
2. Präsident der  
Sonderkammer Bernhard Mund-Wroblen.
3. Geheimrat  
Drauz Dr.-Ing. v. Rieppel-Kürnbach.
4. Kommerzienrat  
Karl v. Bredow.
5. Kommerzienrat Otto Schmelzer.
6. Bismarckstr. Dr.-Ing. Robert Bock-Stuttgart.
7. Fabrik-  
leiter Wilhelm Bögelmann-Mannheim.
8. Kommerzienrat Emil  
Kusch-Weiz.
9. Kommerzienrat Wellerstein-Ostfildern.
10. Kaufmann Max Weissenkamp-Weissen.
11. Sandidi  
Inhaber der Handelskammer Stegemann-Braunschw.
12. Betriebs-  
leiter Walter Neuenhof-Weissenburg-Schwarz.

Dieses sind die Leute, die für die Reichsregierung als die prominenten  
Repräsentanten der Deutschen Volkswirtschaft anerkannt. Ver-  
treter der ökonomischen Wissenschaft sind nicht herangezogen wor-  
den, vor allem hat man es sorgfältig vermieden, wissenschaftliche  
Sozialisten in den Reichsrat zu berufen. Diese einseitige  
Besetzung des Reichsrates mit Vertretern der Kapital-  
interessen hat vielleicht den Vorteil, daß dadurch wieder  
weitere Kreise darüber aufgeklärt werden, daß die Verhängung  
dieses Instrument sei berufen, die wirtschaftlichen Interessen der  
Vollständigen nach „gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen“ zu ver-  
treten, eine Irreführung ist.

## Die finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 18. Juni.

Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hielt der  
Unterausschuß für Grenzfragen der finnisch-russischen Friedens-  
konferenz in Dorpat am Mittwoch eine Sitzung ab. Man ge-  
langte jedoch zu keinem Ergebnis, da die Russen an ihrem  
Standpunkt festhalten. Die finnischen Korrespondenten in Dorpat  
berichten, haben die finnischen Unterhändler die von den  
Russern gemachten Vorschläge für die Waffenstillstands-  
bedingungen abgelehnt.

## Kunsterziehung.

Ein Hinweis auf unser Schulprogramm und die Stadt-  
verordnungsarbeiten.  
Von Joh. Drosche.

II.

Ein über Intellektualismus ist das Kennzeichen der heutigen  
Unterrichtsform. Er erklärt sich mit Schulbeginn den empfind-  
lichen Nerven durch Hemmung des nach Bewegung und  
freier Schaffen lebenden Körpers. Die Schulbank wird das  
erste Nervensystem. Der sogleich einsetzende Befehl, die  
Hände des Kindes, des Kindes, des Kindes, des Kindes, des Kindes  
die Hände unter das Tisch ein viktorianisches Materialismus.  
Die Schule wird zum Kreis des Hauses. In den höheren Schu-  
len noch bei weitem mehr als in den Volksschulen. Der freie,  
nach Gestaltung und Auswirkung strebende Nerven wird all-  
mählich aber immer mehr. Die Kinder einer solchen wohl erzogenen  
Klassen hat der Lehrer das „aufrecht“. Marionetten! — Erst  
wenn sie wieder dem finstern Gefängnis, Schule genannt, ent-  
fliehen sind, werden im Spiele, im munteren Bewegen alle Kräfte  
kund. Es wird gebaut, geschimmert, geübt, kommt ein Leben,  
Hörbarkeit, die Klänge zu hören, entwickeln sich die Formen der  
Gemeinschaftsorganisation. In unserem heutigen Schulbetrieb  
mit seinem Individualismus lernt der Schüler die individuelle Eigenart  
seines Bewusstseins gar nicht kennen. Auf Schulausflügen ist  
er oft doch erkannt, was alles in diesem Leben und jenen  
Wirkungen steht.

Wir aber wollen die Schule zu solchem Ent-  
wicklungsland machen. Hinweg mit der Pauk- und Drillschule  
und ihrem Kasernengeist! Die Schule soll ein Tempel der Freude  
sein, in dem sich alle im kindlichen schlummernden Kräfte entfalten  
können unter liebevoller Leitung des wissenschaftlich geschulten  
Künstler-Pädagogen. Der zeitraubende Gesinnungsunterricht mit  
seiner künstlichen Gewandtheit einer „Moral von der Ge-  
schicht“ hat Platz zu machen einer „allseitigen Er-  
ziehung durch gesellschaftlich nutzbare Arbeit“. Daburh lebt und  
weht sich das Kind ein in die solidarische Gemein-  
schaftswacht, lernt sich fühlen als nützliches Glied der  
arbeitenden Gemeinschaft.

Unser Schulprogramm gibt den Weg dazu an: „Die sinn-  
liche und gefühlsmäßige Ausnahmefähigkeit  
und Ausdrucksfähigkeit soll ausgebildet und  
die schöpferische Fähigkeit angeregt werden.“

Das kann nur geschehen durch Ausbildung der Sinne: des  
Auges, des Ohres, der Hand.

Die Ausbildung des Auges rückt den Zeichen- und Raum-  
lehreunterricht in den Vordergrund, die des Ohres hebt den  
Deutschen und Gesangsunterricht auf künstlerische Höhe. Die

lebendige Freude am Wortklang, am Wort-  
symbol soll durch Lesen und Vorlesen geweckt  
werden.“

Die plastische Verkörperung des Tones in seiner Rhythmis,  
Dynamik und Melodie gilt es durch den Gesangsunterricht zu er-  
schließen.

Der Turnunterricht gewinnt ein ganz anderes Gesicht. „In  
dauernder Fühlung mit dem Rhythmus- und  
Zeichenunterricht hat er das Hauptgewicht auf  
die harmonische Entfaltung des Körpers zu  
legen.“

Somit kommen wir zur Erziehung einer freien Persönlich-  
keit, zur Heranbildung von Menschen, die für die große Schöpfung  
der Natur und für die großen Werke menschlichen Geistes Sinn  
und Verstand haben und jene Lebenskunst besitzen, die es gelernt  
hat:

„Das Leben aus der Hand der Menschheit, die Kunst zu  
schöpfen aus der Hand des Lebens.“

Dieses Ziel der Persönlichkeitsbildung mit seiner grund-  
legenden Bedeutung unserer Schulwesen werden unsere Ver-  
treter in den Parlamenten unverrückbar im Auge haben, wenn der  
Schulrat zur Beratung steht. Da die engere Ausgestaltung des  
Schulwesens den Gemeinden überlassen bleibt, ist die Zusammen-  
setzung des Stadtparlaments von ausschlaggebender Bedeutung.  
Nur mit sozialistischer Mehrheit ist eine freiheitlich großzügige  
Entwicklung des Groß-Berliner Schulwesens anzubahnen. Nur so  
werden die allernennenswerten Aufgaben auch auf kultur- und  
schulpolitischen Gebiete durchgeführt sein.

So seien einige im Auge angeordnet:

1. Verkörperung der schon in Vorlesung gebrachten Klassenfrequenz,  
Kleinmehr: Verringerung der Stöße.
2. Organische Verbindung des Unterrichtes für die Anfänger  
mit den Kindergärten.
3. Erziehung von Schülerwerkstätten
4. Einrichtung weltlicher Schulen.
5. Kostlose Lieferung aller Bücher und Lernmittel.
6. Sozialisierung des gesamten Schulbuchhandels.
7. Vereinfachung von Gebären für Schülerwanderungen, die  
unter Leitung von Lehrern und Elternbeiräten stattfinden  
sollen.
8. Schaffung neuer Spielplätze.
9. Ankauf von Schulapparaten mit Kultur- und Beför-  
mungen.

Schon zur Durchführung dieser neun Punkte bedarf das  
Proletariat einer energischen und selbstbewußten Vertretung.

Wählt darum am 20. Juni für Stadt und Be-  
zirk nur die Liste der U. S. P. D.

In der Staatstheater ist die Woche moderner deutscher Werke  
mit der „Frau ohne Schatten“ von Richard Strauss in der  
von der Erstaufführung bekannten glanzvollen Weise be-  
endet worden. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete die  
„Mona Lisa“ von Schilling, die musikalisch von er-  
regender Wirkung in Frau Kemp eine unvergleichliche Ver-  
körperung findet. Auch Herr Wronzgeck (in der selber ge-  
wisse von Partell gesungenen Rolle) und Herr Marx be-  
währten sich aufs Beste. Man möchte aber in der Reihe deutscher  
Werke neben anderen wünschenswerten Opern nun auch wieder  
mal Schillings „Ingenieur“, den „Fischerling“ (früher  
ein großer Erfolg mit Grünig und Hoffmann) und Herzog  
„Till Eulenspiegel“ auf dem Spielplan erscheinen sehen.  
„Fischerling“ und „Eulenspiegel“ sind bei aller Modernität heute  
für ein Volksopernhaus als etwas Notwendiges etwas ver-  
„Marta“, die vorerst mit dem jetzt abgelaufenen Spiel  
und dem tenorisch durchdringenden Herrn Quitt in Eigen-  
gine. Und dann vergesse man über den für die nächste Spielzeit  
vorkontierten „Schachmatt“ Franz Schrekers „Die Ge-  
richteten“ nicht!

Im Lustspielhaus ist jetzt Hans Sturm als Autor,  
Schauspieler und Regisseur eingezogen. Er kommt Herbar  
auf und begleitet nun auch die Berliner mit seinem „An-  
gekreuzten Eckhardt“, einem Schwan, der schon in den  
Stadtkassern an der Reihe und Habel viel beklagt wurde,  
aber auch an der Pyree noch sein Publikum findet, das sich vor  
Lachen krümmt, besonders wenn die ehelichen oder unehelichen  
Seitensprünge sich im zweiten Akt zu einem Bild aus dem Ton-  
haus steigern. Mit dem Verfasser dieses Augenscheinigen Bild-  
hums, der im Theater noch ebensoviel Gönner findet wie im  
Hemlock, wurden auch die Darsteller, voran Leo Peuskert als  
schadhafter Schwereinder, festig gerufen.

Die „Welterprüfung“, Kurt Eisers noch poetischste Poesie,  
die im Verlag von Paul Cassirer, Berlin, erschienen ist, hat  
immer der Aufführung. Poesie kommt sie in einer Bühnen-  
bearbeitung, die geplant ist, für die nächste Spielzeit in der Ver-  
liner Volksbühne zu spielen, deren Besucher ebenso wie das  
Welt-Anhänger darauf erheben können. Inzwischen macht sich in  
realistischen Buchhändlerkreisen Widerspruch gegen den Vertrieb  
des Werkes geltend, wie uns besonders aus Süddeutschland he-  
schwerwiegend mitgeteilt wird. Eiser erwidert und sein poli-  
tisches und sozialistisches Denken in seinem eigenen Wirkungs-  
kreis freiheitlich — aber sein Werk wird dennoch triumphieren,  
allen Handlangern der Gegenrevolution zum Trost.

„Die Internationale“, eine Tragikomödie in 4 Akten  
von Emil Hallupp, kommt am Sonntag, den 27. Juni, nach-  
mittags 8 Uhr, im Waldtheater (Waldbergweg) zur  
Uraufführung. Das Werk erschwingt als auch im Rahmen der  
Buchhandlung der „Arbeiter“



# Heute Flugblattverteilung in Groß-Berlin.

## Unternehmerfrechheit

### „Vorwärts“dummheit.

Richard Müller hat sein Amt als Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ abgegeben, weil zwischen ihm und dem Hauptvorstand und Verbandsausführer des Metallarbeiter-Verbandes keine Übereinstimmung mehr bestand.

Den Anlaß zu dem Konflikt gab ein Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ „Unternehmerfrechheit“ betitelt, in dem Müller die Haltung des Unternehmens zum Betriebsratsgesetz scharf angriff. Der Zeitpunkt zur Veröffentlichung des Angriffes schien dem Hauptvorstand nicht geeignet, weil der Vorstand gerade mit dem Unternehmerverband in Unterhandlungen stand, um die Vereinbarung von Richtlinien für das Einspruchsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen, wie sie durch die Bestimmungen des Gesetzes notwendig geworden sind. Der Vorstand verhinderte darum die Ausgabe der betreffenden Nummer des Verbandsorgans. Genosse Müller erhob Beschwerde beim Verbandsausführer, der die Beschwerde indes mit 40 gegen 15 Stimmen verwarf. Richard Müller trat darauf von seinem Posten als Redakteur zurück.

Wir hätten keinen Anlaß, auf diese Interna einer einzelnen Gewerkschaft einzugehen, wenn nicht der „Vorwärts“ in höchster Weise mit Hilfe einer plump demagogischen Auslegungstaktik Kapital gegen die gegenwärtig im Metallarbeiterverband herrschende Richtung zu schlagen versuchte. Das Blatt schilt — auf seine Art — die Tatfachen und sagt hinzu:

„Ein Glück, daß etwas Derartiges nicht unter dem alten „Harmonieabstufung“ S. P. D.-Hauptvorstand vorgekommen ist! Dann hätte nämlich das Gesetz der unabhängigen Presse und die Obergrenze gestreut. So oder bei natürlich alles seine „revolutionäre“ Ordnung. Die große Masse der Verbandstätler aber fragt erkümmert, warum ihre sauer aufgeschwittenen Beitragsgrößen eingestampft werden müssen, weil sich die Unabhängigen im Vorstand und in der Redaktion ihres Verbandsorgans nicht einigen können.“

Obwohl es ziemlich gewöhnlich ist, gegen ein Blatt, das bestimmte Dinge nicht veröffentlicht, um der sachlichen Klarstellung des Verhältnisses zu dienen, sachliche Einwendungen zu erheben, müßten wir unserer Leserschaft wegen doch hervorheben, daß das taktische Verhalten des Hauptvorstandes mit der mehr oder minder radikalen, bzw. harmonieabstufenden Haltung des Vorstandes nichts zu tun hat. Keine Gewerkschaft kann sich den Notwendigkeiten, die ihnen die soziale Lageveränderung, die die sozialistische Ordnung hervorruft, stellt. Es ist aber ein Unterschied, ob sich eine Organisationsleitung jederzeit willig dem Unternehmertum in die Arme wirft und mit ihm gemeinsam eine Taktik des sozialen Ausgleichs anbahnt, der zugleich die klare Kampfesstellung der Arbeiterorganisation völlig preisgibt, der Kampfswille bewahrt geht mit sich, oder ob ein Vorstand sich zu einer gewissen schrittweisen Entwicklung entschließt, die der Verhandlungsbetrieb der besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Depression unentbehrlich ist, erfordert. Nur gegen die erste Methode wendet sich die Kritik unserer Parteigenossen in den Gewerkschaften. Das andere ergibt sich aus dem Programm, dem die Gewerkschaften durch die sozialistische Umwelt aus sozialen Gründen unterwerfen ist — und — in diesem besonderen Falle — aus dem Programm einer reaktionären Gesetzbuchung, deren Mängel das Proletariat der Koalitionspolitik der Rechtssozialisten verbannt. Der Fehler ist nur, daß der Stempel Sinn der Gewerkschaftskontrolle, für die der „Vorwärts“ schreibt, diesen Unterschied nicht zu erfassen vermag.

Und so hat denn in der Tat alles seine volle Ordnung, die der „Vorwärts“ eine „revolutionäre“ Ordnung nennt, nämlich insofern, als hier ein Mann ehrlich die Konsequenz aus dem Mangel an Lebenswirklichkeit mit der Mehrheit der Hauptorganen der Arbeiterorg. während jene Taktik, für die die „Vorwärts“-Kritik steht, regelmäßig an ihren Folgen fliegt, bis sie hinausgeworfen worden, um dann noch eine Zeitlang bellend und schimpfend neben der Organisation herumspazieren.

Das Wort von den eingestampften Beitragsgrößen aber soll dem „Vorwärts“ nicht vergessen werden. Das ist das Niveau des Metallarbeiterverbandes für die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Arbeiterkraft aber „fragt sich erkümmert“, woher ein solches Organ den Mut nimmt, sich als sozialdemokratisches Arbeiterblatt aufzuspielen.

## Das Tarifarchiv.

### Zur Verordnung über Tarifverträge.

Das Reichsarbeitsministerium schreibt und: Die „Freiheit“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 10. Juni 1920 mit einer Kundgebung, die die Verordnung über Tarifverträge vom 28. Dezember 1918 kritisch erforscht hat. Die „Freiheit“ spricht ihr Bestreben darüber aus, daß nach dieser Verordnung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die an einem Tarifvertrag beteiligt sind, den Abschluß des Vertrages und ebenso die Aufhebung oder Kündigung des Vertrages dem Reichsdam und den Landesbehörden für Arbeitsvermittlung mitzuteilen haben. Dazu ist das folgende zu bemerken: eine einwandfreie Bestimmung darüber, welche Tarifverträge in Geltung sind, liegt ungewissheit im öffentlichen Interesse und insbesondere im Interesse der Arbeitnehmer. Deshalb ist in Übereinstimmung mit den Wünschen der maßgebenden Verbände ein Tarifarchiv geschaffen worden, in dem alle Tarifverträge amtlich gesammelt werden. Um dieses Tarifarchiv ständig auf dem Laufenden zu halten, schreibt die Verordnung die erwähnten Meldungen vor. Auch die „Freiheit“ wird zugeben müssen, daß es sich hier nicht um übermäßige Forderungen der Regierung handelt, wie sie annimmt, sondern um eine sachlich begründete Bedürfnis.

Wir sind gern bereit, die liebenswürdige Aufmerksamkeit anzuwenden, die das Ministerium an den Tag legt, indem es uns diese Erklärung über den Zweck seiner Maßnahme gibt. Und lag daran, dem Ministerium klar zu machen, daß die Öffentlichkeit einen Anspruch auf eine solche Erklärung hat, und wir wollen hoffen, daß dieser Versuch damit auch für alle kommenden Fälle gelingen wird. Es geht nicht, daß man im Besonderen Anordnungen trifft, deren Zweck in Dunkel gehüllt bleibt. Damit, daß einige Eingeweihte, nämlich die maßgebenden Verbände, unterrichtet sind, ist nichts getan.

Wir wollen uns einstweilen mit dieser Erklärung begnügen. Die Gewerkschaftsverbände werden gewiß die verlangten Mitteilungen machen, aber sie sollten auch nicht veräumen, genau zu beobachten, ob diese archaische Aktion nicht doch noch irgendwelche Nebenwirkungen hervorruft. Ungewollte natürlich!

## Wie wird gewählt?

Die Wahl am Sonntag beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 7 Uhr abends. Gewählt wird in 15 Wahlkreisen für die Stadtverordneten-Versammlung, zugleich aber auch für die zu bildenden Bezirksversammlungen der Verwaltungsbezirke.

Die Wahlen für beide Körperschaften erfolgen in einem Wahlgange mit einem Stimmzettel. Auf den Stimmzetteln sind die Kandidaten für die Stadtverordneten- und für die Bezirkswahl verzeichnet.

In allen Wahlkreisen, mit Ausnahme von zwei, beginnt die Liste der U. S. P. mit dem Namen

Dr. Wehl.

Nur im Dichtberger Kreise steht an der Spitze der Name des Genossen Thurm und im Kreise Schönberg-Friedenau der Name Stoll.

Wahlberechtigt ist nur, wer in der Liste steht.

Als Grundlage gilt die Reichstagswählerliste mit der Einschränkung, daß diejenigen gestrichen sind, die am 30. Mai noch kein Jahr in Groß-Berlin wohnen.

Die Wahlzeit ist lang genug, daß jeder wählen kann, der den Willen dazu hat. Gewählt wird nur die

Liste der U. S. P.

## Rechtssozialistischer Schwindel.

Die Rechtssozialisten können sich in ihrer Agitation für die Stadtverordnetenwahlen nicht auf sachliche Argumente stützen, die sie für sich wirken lassen können. Sie müssen sich auf das Niveau der „Deutschen Tageszeitung“ begeben und mit Unterstellungen und Verzerrungen des politischen Gegners arbeiten. Erst glaubte der „Vorwärts“ unseren Genossen im Berliner Rathaus eine ausweichende Antwort durch den Hinweis auf die Anträge und Abstimmung über den Schiedspruch der Hofkammer. Das war sehr unvorsichtig vom „Vorwärts“, denn er mußte sich sagen lassen, daß seine eigenen Parteifreunde im Gegenzug zu ihren eigenen Bedauern für die Anträge unserer Genossen stimmten. Wären sie anderer Meinung gewesen, so hätten sie Rammes genug sein müssen, das auch in der Abstimmung zum Ausdruck zu bringen. Sie wußten aber überhaupt nicht, was sie wollten, denn bei der Abstimmung erhoben erst nach und nach zögernd einige die Hände, die andere folgten dann nach. Diese Abstimmung war ein Schauspiel für Götter und keine Blamage, wie sie keine Partei sich so offensichtlich ausgestellt hat.

Um diese Blamage vergessen zu machen, erzählt der „Vorwärts“ seinen Lesern eine Geschichte, die sich vor einigen Monaten im Rathaus ereignet haben soll. Gelegentlich der Bewilligung von 50 Prozent Steuerzuschlag sollen damals einige Führer der Unabhängigen sich dafür erklärt haben, um später im Plenum doch dagegen zu stimmen. Dabei habe die Fraktion 15 Mitglieder abkommandiert zu dem Zweck, die Annahme der Deckungsvorlage nicht zu gefährden.

Das ist natürlich ausgezeichneter Parteilicher Schwindel. Für unsere Stadtverordnetenfraktion war die Höhe des Zuschlags kein Prinzip; sie hatte aber nach reiflicher Erwägung die Ablehnung beschlossen, weil damals die Gefahr bestand, daß die Stadt vom Bruch mit die Zuschläge erhalten würde, die ihr in Aussicht gestellt waren. Dazu kamen noch andere Gründe. Es lag danach gar kein Anlaß vor, die Steuerzahler mit 50 Prozent zu belästigen.

Von einer Abkommandierung kann nicht im entferntesten die Rede sein. Und wie genau der „Vorwärts“mann die Zahl der Abkommandierten gerächt hat. Man muß die Klautsche bewundern, die einer Kartenspielerin gleichkommt. Wir hatten auch gar keine Veranlassung, zu einem Mittel zu greifen, wie das bisher bei bürgerlichen Parteien der Fall war. Charakteristisch für die Rechtssozialisten, daß sie jetzt vor den Wahlen mit dieser Geschichte herauskommen. Damals, als dieses „Verbrechen“ passierte, ist man gar nicht darauf gekommen, es aufzudecken.

Es muß mit der Sache der Rechtssozialisten schlummern haben, wenn sie zu solch niedriger Kampfweise greifen. Sie kennzeichnen sich damit selbst als recht kleinliche Gesellen.

Hoffentlich gibt die breite Masse der Wählerschaft den Rechtssozialisten am kommenden Sonntag den Fuhrtritt, den sie verdienen, und wählen nur die

Liste der U. S. P.

## Wann tritt die neue Stadtverordneten-Versammlung zusammen?

In der Presse wird mitgeteilt, daß die am Sonntag zu wählende Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin im nächsten Monat im Foyer des Berliner Rathauses zum erstenmal zusammenzutreten und zu der Wahl des Magistrats Stellung nehmen werde. Es ist uns nicht bekannt, ob die Angabe dieses Zeitpunktes zutreffend ist und ob bereits jetzt eine Entscheidung über den Zusammentritt gefällt worden ist. Sie liegt nämlich in den Händen des Oberpräsidenten von Berlin, der die Versammlung erstmalig zusammenzubringen und die Mitglieder zu verpflichten hat. Es ist aber sicher, daß der Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung wesentlich früher als vor dem 1. Oktober geschehen muß, weil nach dem Befehl über die Stadtgemeinde Berlin sowohl der Haushaltsplan vor dem 1. Oktober fertigzustellen als auch der Magistrat vor dem 1. Oktober gebildet sein muß.

## 428 Milliarden Umsatz.

Jahresbericht und Abschluß der größten deutschen Bank, die im April dieses Jahres ihr fünfzigjähriges Bestehen feiern konnte, liegt nunmehr mit großer Begeisterung vor. Fast ein halbes Jahr nach Geschäftsabschluss wird die Bilanz der Deutschen Reichsbank übergeben. Der Dividendenrat wird nicht dem des Jahres 1918 mit 12 Prozent in Vorschlag gebracht, während die anderen großen Institute, die ihre Abschlüsse bisher herausgebracht haben, mit einer Höhe von Dividende das sehr gute Ergebnis des Jahres 1918 nach außen zum Ausdruck brachten. Aus den einzelnen Banken, die bekanntgegeben werden, läßt sich aber ersehen, daß die Gewinn der Deutschen Bank ebenfalls sehr bedeutend in die Höhe gegangen sind, und daß trotz vermehrter Gehalts- und Sachausgaben, die bei Geschäftsbericht besonders in den Vordergrund tritt, ein hoher Rentabilitätsfuß herausgearbeitet werden konnte.

Das Kapital inklusive Reserven ist jetzt auf 810 Millionen gestiegen, der Reingewinn auf fast 68 Millionen angewachsen, von denen auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 275 Millionen eine Summe von 33 Millionen aufgeschüttelt wird. Von dem Geschäftsumsatz der Bank besaß man eine ungefähre Vorstellung, wenn man die Höhe des Umsatzes mit 428 Milliarden Mark, die der Gläubigerzusatz mit fast 14 Milliarden gegenüber 1 1/2 Milliarden im Jahre 1918 feststellt. Weltweitig zeigt diese Riesensumme an Depositionen den Grad der Instabilität und den Fehler der immer noch verbreiteten Steuererziehung deutlich an.

Die Machtposition einer derartigen Bank ist außerordentlich stark, das allgemeine Kreditbedürfnis macht zahlreiche Unternehmen von ihr abhängig und ihr Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Dem Profitinteresse wird alles geopfert. Ihm zuliebe werden Unternehmen aufgekauft, in Betrieb genommen, oder wenn gelegt. Kann ein Tagend Leute entscheiden darüber, ob und wie die zahlreichen von der Bank kommandierten Unternehmen betrieben werden sollen; viele Tausende von Arbeitern, viele Dutzende von Verbrauchern sind ihrem Diktum ausgeliefert. Da ist es wirklich an der Zeit, Wandel zu schaffen. Ohne Sozialisierung ist das deutsche Wirtschaftsleben nicht wieder in Gang zu bringen. Bei der Sozialisierung jedoch stehen mit in erster Reihe die Banken. Aus Instituten zur Beherrschung der Produktion im Interesse des Profits, sollen sie zu Organen werden, die bei der Regelung der Produktion im Interesse der Gesamtheit höchst wichtige Dienste zu leisten haben.

## Japan und China.

Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan Wünsche, Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschow an China eingeleitet. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückführung der Truppen bereit. Dies erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Uebertragung von Santsung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschow an China würde es den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht ändern.

## Gewerkschaftliches.

### Hungerlöhne bei der Post.

Die Besoldungsreform für die Beamten befriedigt keinen der beteiligten Kreise. Am schmerzhaftesten sind dabei die Unterbeamten weggekommen. Mit im entferntesten reichen die Löhne zur Erhaltung der Arbeitskraft aus und führen dazu, daß dem Staat durch zu früh notwendig werdende Pensionierung noch größere Lasten auferlegt werden. Man sollte es nicht für möglich halten, daß bei der Post einer Reihe von Beamten ein noch geringerer Entgelt gezahlt wird. Postkassen erhalten nur 70 Prozent der bewilligten Summe für die Postkassener. Das macht bei Verheirateten den horrenhaften Betrag von 800 M monatlich aus. Es ist danach zu erklären, daß sich diese in der größten Notlage befinden. Einige waren gezwungen, ihre letzte Habe zu verkaufen, viele andere besitzen diese nur noch in Gestalt von Pfandbescheinigungen. Ein großer Teil der Postkassener, die vom Lande sind und von dort Lebensmittel und Geldzuschüsse erhalten, können sich nur auf diese Weise erhalten. Für die Postdirektion bestehen schon bei den Besoldungen des Demobilisations-Kommissars nicht, wonach solche, die 1914 in Berlin nicht tätig waren, nicht eingestellt werden dürfen. Der Postdirektor Lampe wird es erst beweisen müssen, daß unter den Berliner Arbeitslosen sich nicht genügend Unbedürftige befinden. Der wahre Grund ist natürlich der, daß die Arbeitslosen für einen solchen Hungerlohn nicht arbeiten können.

Aber, fragen wir, muß nicht jemand bei solchen Hungerlöhnen mit dem Straßenschlitten in Konflikt kommen? Wie er nicht geradezu auf die Bahn des Verbrechens getrieben? Woher nimmt die Postdirektion demnach den Mut, Personen, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt sind, von der Einstellung auszuschließen?

Wenn Postinspektoren Oranienburger Straße ist seit April ein aus der Gefangenenschaft zurückgeleiteter Ausbeuter beschäftigt. Dieser ist als Mithraser Bürche mit einem Verweis bestraft worden. Obwohl inzwischen die Wahrung der Strafe erfolgte, ist dieser gekündigt worden.

### Die Bewegung unter den Eisenbahnern.

Seit reichlich 8 Wochen schweben zwischen der Verwaltung der Reichseisenbahnen und den gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner Verhandlungen über einen Reichsvertrag für die Lohnempfänger der Eisenbahnen. Die Verhandlungen der Gewerkschaften basieren auf dem Grundsatze, eine wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit den Beamten herbeizuführen und die Löhne der Eisenbahner den in der Industrie üblichen anzupassen. Um eine allgemeine, den Verhältnissen entsprechende Regelung der Einkommensverhältnisse zu erzielen, beantragten die Gewerkschaften am 27. April eine allgemeine Regelung als Provisorium für das ganze Gebiet der Reichseisenbahnen ab 1. April 1920 bis zum Abschluß des Reichsvertrages bzw. bis zum Inkrafttreten der neuen Tariflöhne vorzunehmen. Es werden eine ganze Reihe einschneidende Punkte gemacht. Die Gewerkschaften und besonders der Deutsche Eisenbahnerverband als führende Organisation haben eine Fülle von Material über die in der Industrie und Gewerbe bestehenden Löhne, Tarife und Bestimmungen der Verwaltung überreicht. Diese behält sich eine Prüfung und ihre Stellung dazu vor. Am 12. Mai geben die Verbände die einstimmige Erklärung ab, ein Einkommen von 6 M. pro Stunde für den Handwerker der ersten Klasse als Verhandlungsmaßstab betrachtet wird mit den entsprechenden Abstrichen noch unter, am 20. Mai



Wurde nach eigenem Verlangen eine umfassende Vorlage überreicht mit einer Differenzierung von 10 Btg. zwischen den einzelnen Lohngruppen und von 25 Btg. zwischen den ersten drei und 50 Btg. zwischen den letzten zwei Ostklassen. Die Verwaltung legte ebenfalls einen Gegenentwurf vor, der als Höchstlohn in der ersten Ostklasse für die Arbeiter und Bediensteten in gleichem Maß zu bewerten. Stellungen ein Einkommen von 5,10 und einen Lohn für Bedienstete in der 5. Ostklasse und 7. Westklassen von 5,10 als Höchstlohn vorsah. So wenig wie bei der Vorlage der Organisationsfrage vor den Augen der Verwaltung stand, konnten sich die Arbeitervertreter auf die Vorschläge der Verwaltung einlassen.

Der letzte Vorschlag der Verbände unterscheidet sich von dem des Ministeriums nach oben sehr wenig und nachdem dessen Vertreter erklärten, daß für besonders teure Orte ein sogenannter Hebererhöhungssatz geschildert werden soll, schien eine Einigung wahrscheinlich. In der untersten Ostklasse handelte es sich allerdings um die Erhebung der Arbeiter von 3,40 für den über 24 Jahre alten Arbeiter der Gegenüberstellung von 3,10 W. gegenüber. Völlig unannehmbar war aber weiter für die Arbeiterverbände der von der Verwaltung gewünschte Unterschied von 20 Btg. zwischen dem Lohn der Qualitätsarbeiter und dem Handwerker von 30 Btg. pro Stunde und dem Handwerker und den Arbeitern der unangeleiteten und angeleiteten Arbeiter und Bediensteten in gleicher Lohnklasse in derselben Höhe. Nach langen Auseinandersetzungen erklärte sich die Verwaltung hingegen bereit, Unterschiede für die Bediensteten in Ost- und Westklassen zu bestehen. Daß die Organisationen die Hand zu einer Berücksichtigung in irgend einer Art nicht bieten können, braucht hier nicht besonders erläutert zu werden. Eine Hebererhöhung wurde in der Frage der Beiträge für das besetzte Gebiet erzielt, indem die jetzige Belastungszugabe bestehen bleiben soll. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich schließlich mit der Gewährung von Unterschiedsbeiträgen und Hebererhöhungssätzen trotz aller Bedenken abgefunden. Jetzt ist der Verhandlungskommission erwidert worden, daß die so geringen Vorschläge der Vertreter des Hebererhöhungssatzes, die im Einklang mit den Bestimmungen anderer Ministerien gemacht wurden, noch nicht die Zustimmung der zuständigen Minister gefunden haben, die ohne Zustimmung der Reichsregierung nicht einen roten Pfennig bewilligen wollen. Seit sechs Wochen wird verhandelt, ohne irgend ein positives Ergebnis. Wann endlich werden die zuständigen Stellen den Einwohnern entgegenkommen? Es wird höchste Zeit. Mögen sich die verantwortlichen Stellen bewußt werden, daß man nur von einem zufriedenen und arbeitsfreudigen Personal höherer Leistungen verlangen kann.

### Zu alt oder zu jung.

Wir haben des öfteren Gelegenheit nehmen müssen, Kritik an dem Standpunkt verschiedener Behörden zu üben, die bei der Einstellung von Personal Altersgrenzen nach oben hin setzen, die andere Beachtung eine Willkür und eine Härte darstellen. Heute kommen wir in die Lage, uns dagegen wenden zu müssen, daß auch nach unten hin ein Damm gegen die Einstellung jüngerer Arbeitskräfte gezogen wird. Ein Schweißkriegsbeschäftigter, der im Felde ein Bein verloren hat, erhielt von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte auf sein Bewerbungs-schreiben die Antwort, daß sich für ihn keine Gelegenheit bietet, da für die Anstellung die Vollendung des 24. Lebensjahres Bedingung ist. Der junge Mann ist erst 23 Jahre alt. Mit keinem einen Bein ist er nicht überall verwendbar, aber im Bürodienst wäre er vielleicht zu gebrauchen. Ist es da richtig, daß eine Reichsbehörde, die doch in erster Linie die Pflicht zur Unterbringung der Kriegsinvaliden hat, dies durch unüberwindliche Hindernisse erschwert? Man sollte doch endlich einmal damit anfangen, sinnlose Bestimmungen zu beseitigen.

**Wichtig!** Simmerer. Die Firma Schmelz- und Hüttenwerke, Berlin-Oberschöneweide, Lindenstraße, führt Hochbauarbeiten in eigener Regie aus. Sie werten sich aber, den dort beschäftigten Simmerern, den neu abgeschlossenen Verträgen zu geben. Nachdem die Organisation mit der Firma verhandelt hatte, und keine Einigung erzielt werden konnte, treten die Simmerer der Firma in Streit. Hiermit wird über den genannten Firma die Sperre verhängt. Kein Simmerer darf dort in Arbeit treten. Zentralverband der Simmerer Deutschlands, Postfach Berlin und Umgebung.

### Bekanntmachung

betreffend die Sitzungen des Stabs- und Kreiswahlausschusses.

Gemäß §§ 2 und 29 der Wahlverordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920 in Verbindung mit § 40 Abs. 3 der Wahlverordnung zur Befestigung der Nationalversammlung vom 30. November 1918 bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß die Sitzungen des Stabs- und Kreiswahlausschusses für die Wahlkreise I-VI zur Befestigung des Gebietes:

- a) der Stadtverordnetenwahlen und
- b) der Wahlen zu den Bezirksversammlungen wie folgt festgesetzt sind:

- Sitzungen des Kreiswahlausschusses:  
I. am 26. Juni 1920, vorm. 10 Uhr,  
II. am 30. Juni 1920, vorm. 11½ Uhr;
- Sitzungen des Stabswahlausschusses:  
III. am 26. Juni 1920, mittags 12 Uhr,  
IV. am 2. Juli 1920, mittags 12 Uhr.

Die Sitzungen finden in den Räumen des Wahlbüros des Magistrats, Berlin C 2, Stralauer Straße 41/42, I. Hof, portiert, statt. Jeder Wahlberechtigter hat Zutritt.

Berlin, den 17. Juni 1920.

Der Leiter des Wahlkommissar für die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin:

Wermuth, Oberbürgermeister.

(Zög. Nr. 206 Wohl. 20.)

## DER MORD

an  
**Karl Liebknecht**  
und  
**Rosa Luxemburg**

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten.  
116 Seiten Preis 6.— Mark

Zu beziehen von der  
**Buchhdlg. „Freiheit“**  
Breite Straße 8-9.

# Groß-Berlin.

Heute, Freitag, abends 7 Uhr, große öffentliche Kommunalerwerbungsabende in folgenden Lokalen:

- Märkischer Hof, Admiralstraße 18 A,
- Süd-Ost-Seite, Hallesche Straße 75,
- Schulaua, Kienigkstraße 7,
- Schulaua, Reichenberger Straße 57,
- Schulaua, Glogauer Straße 12/16,
- Schulaua, Gdräger Straße 51,
- Nationalhof, Bülowstraße 37,
- Kaves-Hof, Fährstraße 29,
- Schulaua, Fingerringstraße 51,
- Schulaua, Gerhartstraße 4/5,
- Wandlitz-Gesellschaft, Willestraße 24,
- Wandlitz-Hotel, Schaefer Straße 23,
- Keller-Hof, Bergstraße 69,
- Weihenhof, Luisenparkstraße.

Thema: H. S. P. D. im roten Hause.

Außer den bereits heute morgen angezeigten Versammlungen findet heute eine weitere am 7 Uhr bei Raabe, Fichtestraße 29, statt.

### Die gemeindliche Kartoffelversorgung.

Die Gemeinden kommen in diesem Jahre mit der Kartoffelversorgung in arge Bedrängnis: Sie sollen bis zum 19. Juni ihren Bedarf an Kartoffeln angeben. Sie können nicht mehr wie früher disponieren. Das haben ihnen die unabhängigen behördlichen Stellen unmöglich gemacht. Die Produzenten brauchen nur ein gewisses Quantum zu liefern, darüber hinaus können sie frei verfügen und dem freien Handel überlassen. Das bringt die Gemeinden in die ärmste Situation. Wollen sie heute ein bestimmtes Quantum an so müssen sie dasselbe für den von ihnen geforderten hohen Preis abnehmen. Daneben gibt es im freien Handel Kartoffeln, wie das heute schon mit den sogenannten ausländischen Kartoffeln der Fall ist, marktfrei. Es kann kommen, daß die Produzenten genötigt werden, mit ihren Preisen herabzugehen zu müssen. Und das bringt die Gemeinden in die Gefahr, mit den Preisen herabzugehen und große Verluste zu erleiden. Schon jetzt zeigt sich das. Wir haben Kartoffelkennzettel. Die Gemeinden senken ihre Preise, um die Kartoffeln loszuwerden und geben viel Geld zu. Eine Reihe Vorortgemeinden wollen deshalb überhaupt keine Kartoffeln bestellen und haben die Markennote für Kartoffeln in Kürze auf; sie überlassen die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln dem freien Handel. Damit übernehmen sie eine schwere Verantwortung für den kommenden Winter, wenn in der Ausführung Schwierigkeiten entstehen, wie wir das im Vorjahre erlebt haben. Die Kartoffelversorgung Groß-Berlins wird ihrer Pflicht entpflichtet ein bestimmtes Quantum Kartoffeln anzubieten. Aber die Reichsstellen, die mit dieser Forderung der Zwangswirtschaft zugunsten der Parader vorgegangen sind, haben eine schwere Verantwortung übernommen.

### Zur Angestelltenversicherung.

Laut Beschluß der Nationalversammlung vom 19. Mai dieses Jahres ist die Höchstgrenze für die Angestelltenversicherung auf 15.000 Mark festgesetzt worden für diejenigen Personen, welche der Angestelltenversicherung bisher nicht angehört oder infolge Hebererhöhung der bisherigen Höchstgrenzen ausgeschlossen waren, besteht die Möglichkeit von der Versicherungspflicht befreit zu werden, wenn sie bis zum 30. Juni dieses Jahres einen Antrag für sich bei einer Privatversicherungsgesellschaft gestellt haben. Der Jahresbeitrag für diese Versicherung muß den Beiträgen für die Gehaltsklasse 3 (13,80 monatlich) gleichkommen. Der Antrag auf Befreiung muß vom Versicherungsnehmer bis zum

1. September d. J. bei der Reichsbehörde gestellt werden. Die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften haben aus genannten Ursachen an viele Kreise der Angestellten Projekte und Werbematerial, zum Teil unter Zuhilfenahme hoher Provisionen, vertrieben. Wir bitten alle in Betracht kommenden Personen, die gewillt sind, von der Befreiung der Versicherungspflicht zur Angestelltenversicherung Gebrauch zu machen, vor Abschluß einer Versicherung sich an die hiesige Reichsstelle der Volkfürsorge, Berlin SO 10, Engelauer 18, zu wenden und deren Rat einzuholen.

Die Volkfürsorge ist das von den Gewerkschaften und Konsumvereinen gegründete Versicherungsunternehmen. Die Volkfürsorge steht im Gegensatz zu den privatkapitalistischen Gesellschaften, indem alle Gewinne der Gesellschaft restlos den Versicherungen zufließen. Der gemeinnützige Charakter der Volkfürsorge schlägt sich in der Privatkapitalistische Entartung aus. Alles den Versicherten, das ist die Parole der Volkfürsorge.

In seiner Wohnung erschossen hat sich der 64 Jahre alte Kaufmann Friedrich Böhse aus der Kleinbrennstr. 23. Auf dem Rückweg liegend ist er von einem Kugel in das Herz. Als seine Wirtin ihn anfaß, war er schon tot. Anbauende Krankheit hatte ihn das Leben verlohrt.

Der Strohmeister Otto Richter, Komintener Str. 49, ist wegen unzureichender Betriebsführung auf die Dauer von acht Wochen vom Reichsbezug ausgeschlossen worden.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag: Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt bei größtenteils schwachem östlichen bis nordwestlichen Winden. Etwas Regen und Gewitter möglich.

### Aus den Organisationen.

- 12. Bezirk, 2. Abteilung, Wohlfahrtsaktion Sonnabend 4½ Uhr, Treffpunkt: Familien-Gesellschaft, Ecke Sonnenbu der Siedle.
- 15. Bezirk, Sonnabend 4½ Uhr große öffentliche Wohlfahrtsaktion im Kleinen Tiergarten an der Lagerdominal. — Sonn- und vormittags 9 Uhr große Kinderdemonstration im Kleinen Tiergarten. Treffpunkt am Kriegerdenkmal. Sämtliche Parteigruppen müssen erscheinen.
- 16. Bezirk, Sonnabend Aufführung des Juges der I., II. und III. Abteilung um 5 Uhr auf dem Sportplatz. Die Mitglieder müssen rechtzeitig erscheinen, da um 6 Uhr Versammlung in Humboldthain. — Nach Schluß der Versammlung Funktionenkonferenz bei Klinge, Selderstraße. — Sonntag früh alle verlässigen Kräfte in ihren Bezirkslokalen. Werden von Redaktoren abgeholt.
- Scharlottenburg, Die Gruppenleiter werden ersucht, das Material zur Stadtverordnetenwahl heute, Freitag, bei Hause, Sprestr. 30, abzugeben.
- Schöneberg, Freitag 4½ Uhr in allen Bezirken Wahlabend. Tagesordnung: Politische Lage und Stadtverordnetenwahl. Alle überauswilligen Kräfte melden sich am Sonntag im Zentralwahlbüro, Apffel-Paulus-Straße 33, bei Baum, Tel. Stephan 120.
- Treptow-Baumgarten, Heute abend muß jede Genossin und jeder Genosse rechtzeitig um 6 Uhr in den Bezirkslokalen sein. Es erfolgt gemeinsamer Abmarsch zu der Versammlung in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krugallee.

### Bereinstellungen.

- Sportklub Berlin-Schöneberg, Sonnabend, 19. Juni, 8 Uhr, bei Baum, Apffel-Paulus-Straße 33, Gründungsversammlung. Sämtliche Sportvereine sind dazu eingeladen.
  - Sportklub Fortuna 07 veranstaltet am Sonnabend, 19. Juni, einen Klubabend um 8 Uhr und haben in der Turnhalle, Christenburger Straße 68.
- Verantwortlich für die Redaktion: Des Lieblich, Friedland. Verantwortlich für die Anzeigen: Ludwig Komerling, Friedrichshagen. Verlags- und Druckerei: „Freiheit“, s. O. m. b. H., Berlin. — Druck des Lindenbrunnens und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 12.

# Klassenjustiz

Von Fritz Schneider — Preis 1.50 Mark  
enthält wichtiges Material für Referenten  
Organisationsstellen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2  
Breite Straße 8-9.

## Tüchtige Verkäufer

für die Abteilung  
Leinen- u. Baumwollwaren  
sofort gesucht.

Meldungen: 12-2 Uhr mittags,  
5-6 Uhr abends.

# A. Jandorf & Co.,

Belle-Alliance-Straße 1-2.

## Prozesse, Santa Lucia

Südwestl. verläßt eine leucht. Busse der Linie 6. Station Depot: N. 4. Berstr. 34. Nord. 622. Überall käuflich.

## Färberei Gebr. 1891

Theodor Meesters, Lichtenberg, Götterstraße 34, Reg. 784.

## Füllten

Franke, Allee 121 a, 191 a, 192 a, 193 a, 194 a, 195 a, 196 a, 197 a, 198 a, 199 a, 200 a, 201 a, 202 a, 203 a, 204 a, 205 a, 206 a, 207 a, 208 a, 209 a, 210 a, 211 a, 212 a, 213 a, 214 a, 215 a, 216 a, 217 a, 218 a, 219 a, 220 a, 221 a, 222 a, 223 a, 224 a, 225 a, 226 a, 227 a, 228 a, 229 a, 230 a, 231 a, 232 a, 233 a, 234 a, 235 a, 236 a, 237 a, 238 a, 239 a, 240 a, 241 a, 242 a, 243 a, 244 a, 245 a, 246 a, 247 a, 248 a, 249 a, 250 a, 251 a, 252 a, 253 a, 254 a, 255 a, 256 a, 257 a, 258 a, 259 a, 260 a, 261 a, 262 a, 263 a, 264 a, 265 a, 266 a, 267 a, 268 a, 269 a, 270 a, 271 a, 272 a, 273 a, 274 a, 275 a, 276 a, 277 a, 278 a, 279 a, 280 a, 281 a, 282 a, 283 a, 284 a, 285 a, 286 a, 287 a, 288 a, 289 a, 290 a, 291 a, 292 a, 293 a, 294 a, 295 a, 296 a, 297 a, 298 a, 299 a, 300 a, 301 a, 302 a, 303 a, 304 a, 305 a, 306 a, 307 a, 308 a, 309 a, 310 a, 311 a, 312 a, 313 a, 314 a, 315 a, 316 a, 317 a, 318 a, 319 a, 320 a, 321 a, 322 a, 323 a, 324 a, 325 a, 326 a, 327 a, 328 a, 329 a, 330 a, 331 a, 332 a, 333 a, 334 a, 335 a, 336 a, 337 a, 338 a, 339 a, 340 a, 341 a, 342 a, 343 a, 344 a, 345 a, 346 a, 347 a, 348 a, 349 a, 350 a, 351 a, 352 a, 353 a, 354 a, 355 a, 356 a, 357 a, 358 a, 359 a, 360 a, 361 a, 362 a, 363 a, 364 a, 365 a, 366 a, 367 a, 368 a, 369 a, 370 a, 371 a, 372 a, 373 a, 374 a, 375 a, 376 a, 377 a, 378 a, 379 a, 380 a, 381 a, 382 a, 383 a, 384 a, 385 a, 386 a, 387 a, 388 a, 389 a, 390 a, 391 a, 392 a, 393 a, 394 a, 395 a, 396 a, 397 a, 398 a, 399 a, 400 a, 401 a, 402 a, 403 a, 404 a, 405 a, 406 a, 407 a, 408 a, 409 a, 410 a, 411 a, 412 a, 413 a, 414 a, 415 a, 416 a, 417 a, 418 a, 419 a, 420 a, 421 a, 422 a, 423 a, 424 a, 425 a, 426 a, 427 a, 428 a, 429 a, 430 a, 431 a, 432 a, 433 a, 434 a, 435 a, 436 a, 437 a, 438 a, 439 a, 440 a, 441 a, 442 a, 443 a, 444 a, 445 a, 446 a, 447 a, 448 a, 449 a, 450 a, 451 a, 452 a, 453 a, 454 a, 455 a, 456 a, 457 a, 458 a, 459 a, 460 a, 461 a, 462 a, 463 a, 464 a, 465 a, 466 a, 467 a, 468 a, 469 a, 470 a, 471 a, 472 a, 473 a, 474 a, 475 a, 476 a, 477 a, 478 a, 479 a, 480 a, 481 a, 482 a, 483 a, 484 a, 485 a, 486 a, 487 a, 488 a, 489 a, 490 a, 491 a, 492 a, 493 a, 494 a, 495 a, 496 a, 497 a, 498 a, 499 a, 500 a, 501 a, 502 a, 503 a, 504 a, 505 a, 506 a, 507 a, 508 a, 509 a, 510 a, 511 a, 512 a, 513 a, 514 a, 515 a, 516 a, 517 a, 518 a, 519 a, 520 a, 521 a, 522 a, 523 a, 524 a, 525 a, 526 a, 527 a, 528 a, 529 a, 530 a, 531 a, 532 a, 533 a, 534 a, 535 a, 536 a, 537 a, 538 a, 539 a, 540 a, 541 a, 542 a, 543 a, 544 a, 545 a, 546 a, 547 a, 548 a, 549 a, 550 a, 551 a, 552 a, 553 a, 554 a, 555 a, 556 a, 557 a, 558 a, 559 a, 560 a, 561 a, 562 a, 563 a, 564 a, 565 a, 566 a, 567 a, 568 a, 569 a, 570 a, 571 a, 572 a, 573 a, 574 a, 575 a, 576 a, 577 a, 578 a, 579 a, 580 a, 581 a, 582 a, 583 a, 584 a, 585 a, 586 a, 587 a, 588 a, 589 a, 590 a, 591 a, 592 a, 593 a, 594 a, 595 a, 596 a, 597 a, 598 a, 599 a, 600 a, 601 a, 602 a, 603 a, 604 a, 605 a, 606 a, 607 a, 608 a, 609 a, 610 a, 611 a, 612 a, 613 a, 614 a, 615 a, 616 a, 617 a, 618 a, 619 a, 620 a, 621 a, 622 a, 623 a, 624 a, 625 a, 626 a, 627 a, 628 a, 629 a, 630 a, 631 a, 632 a, 633 a, 634 a, 635 a, 636 a, 637 a, 638 a, 639 a, 640 a, 641 a, 642 a, 643 a, 644 a, 645 a, 646 a, 647 a, 648 a, 649 a, 650 a, 651 a, 652 a, 653 a, 654 a, 655 a, 656 a, 657 a, 658 a, 659 a, 660 a, 661 a, 662 a, 663 a, 664 a, 665 a, 666 a, 667 a, 668 a, 669 a, 670 a, 671 a, 672 a, 673 a, 674 a, 675 a, 676 a, 677 a, 678 a, 679 a, 680 a, 681 a, 682 a, 683 a, 684 a, 685 a, 686 a, 687 a, 688 a, 689 a, 690 a, 691 a, 692 a, 693 a, 694 a, 695 a, 696 a, 697 a, 698 a, 699 a, 700 a, 701 a, 702 a, 703 a, 704 a, 705 a, 706 a, 707 a, 708 a, 709 a, 710 a, 711 a, 712 a, 713 a, 714 a, 715 a, 716 a, 717 a, 718 a, 719 a, 720 a, 721 a, 722 a, 723 a, 724 a, 725 a, 726 a, 727 a, 728 a, 729 a, 730 a, 731 a, 732 a, 733 a, 734 a, 735 a, 736 a, 737 a, 738 a, 739 a, 740 a, 741 a, 742 a, 743 a, 744 a, 745 a, 746 a, 747 a, 748 a, 749 a, 750 a, 751 a, 752 a, 753 a, 754 a, 755 a, 756 a, 757 a, 758 a, 759 a, 760 a, 761 a, 762 a, 763 a, 764 a, 765 a, 766 a, 767 a, 768 a, 769 a, 770 a, 771 a, 772 a, 773 a, 774 a, 775 a, 776 a, 777 a, 778 a, 779 a, 780 a, 781 a, 782 a, 783 a, 784 a, 785 a, 786 a, 787 a, 788 a, 789 a, 790 a, 791 a, 792 a, 793 a, 794 a, 795 a, 796 a, 797 a, 798 a, 799 a, 800 a, 801 a, 802 a, 803 a, 804 a, 805 a, 806 a, 807 a, 808 a, 809 a, 810 a, 811 a, 812 a, 813 a, 814 a, 815 a, 816 a, 817 a, 818 a, 819 a, 820 a, 821 a, 822 a, 823 a, 824 a, 825 a, 826 a, 827 a, 828 a, 829 a, 830 a, 831 a, 832 a, 833 a, 834 a, 835 a, 836 a, 837 a, 838 a, 839 a, 840 a, 841 a, 842 a, 843 a, 844 a, 845 a, 846 a, 847 a, 848 a, 849 a, 850 a, 851 a, 852 a, 853 a, 854 a, 855 a, 856 a, 857 a, 858 a, 859 a, 860 a, 861 a, 862 a, 863 a, 864 a, 865 a, 866 a, 867 a, 868 a, 869 a, 870 a, 871 a, 872 a, 873 a, 874 a, 875 a, 876 a, 877 a, 878 a, 879 a, 880 a, 881 a, 882 a, 883 a, 884 a, 885 a, 886 a, 887 a, 888 a, 889 a, 890 a, 891 a, 892 a, 893 a, 894 a, 895 a, 896 a, 897 a, 898 a, 899 a, 900 a, 901 a, 902 a, 903 a, 904 a, 905 a, 906 a, 907 a, 908 a, 909 a, 910 a, 911 a, 912 a, 913 a, 914 a, 915 a, 916 a, 917 a, 918 a, 919 a, 920 a, 921 a, 922 a, 923 a, 924 a, 925 a, 926 a, 927 a, 928 a, 929 a, 930 a, 931 a, 932 a, 933 a, 934 a, 935 a, 936 a, 937 a, 938 a, 939 a, 940 a, 941 a, 942 a, 943 a, 944 a, 945 a, 946 a, 947 a, 948 a, 949 a, 950 a, 951 a, 952 a, 953 a, 954 a, 955 a, 956 a, 957 a, 958 a, 959 a, 960 a, 961 a, 962 a, 963 a, 964 a, 965 a, 966 a, 967 a, 968 a, 969 a, 970 a, 971 a, 972 a, 973 a, 974 a, 975 a, 976 a, 977 a, 978 a, 979 a, 980 a, 981 a, 982 a, 983 a, 984 a, 985 a, 986 a, 987 a, 988 a, 989 a, 990 a, 991 a, 992 a, 993 a, 994 a, 995 a, 996 a, 997 a, 998 a, 999 a, 1000 a.

## Rauch-Kaffee

Invalidenstr. 164  
Kuchhaus Brunnenstr. Nord 4, 436

## Spiralbohrer

Schlosserei Charlottenburg  
Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Genossen!  
Wirbt für die „Freiheit“!

## KLEINE ANZEIGEN

Das Uberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto;  
Stellengesuche: Uberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

## Verkäufe

Gardin-Verkauf, Deutsch, Landberger Straße 13.

## Kaufgesuche

Zahngebisse, Platin, Goldschmelze, Silberbruch, Edelsteine, Schmuckgegenstände, Edelmetalle, Blumenstraße 33.

## Möbel

Chaiselongues, 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafstühle, Meißel, Auguststr. 32a, Ough.

## Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, neue, handtastend, Volkert, Deutzer Str. 64, Auguststr. 44, v. IV.

## Verschiedenes

Die Verdichtungen der Herrn Ebel, Süd. Kass. 2. Klasse, 1. Klasse, 2. Klasse, 3. Klasse, 4. Klasse, 5. Klasse, 6. Klasse, 7. Klasse, 8. Klasse, 9. Klasse, 10. Klasse, 11. Klasse, 12. Klasse, 13. Klasse, 14. Klasse, 15. Klasse, 16. Klasse, 17. Klasse, 18. Klasse, 19. Klasse, 20. Klasse, 21. Klasse, 22. Klasse, 23. Klasse, 24. Klasse, 25. Klasse, 26. Klasse, 27. Klasse, 28. Klasse, 29. Klasse, 30. Klasse, 31. Klasse, 32. Klasse, 33. Klasse, 34. Klasse, 35. Klasse, 36. Klasse, 37. Klasse, 38. Klasse, 39. Klasse, 40. Klasse, 41. Klasse, 42. Klasse, 43. Klasse, 44. Klasse, 45. Klasse, 46. Klasse, 47. Klasse, 48. Klasse, 49. Klasse, 50. Klasse, 51. Klasse, 52. Klasse, 53. Klasse, 54. Klasse, 55. Klasse, 56. Klasse, 57. Klasse, 58. Klasse, 59. Klasse, 60. Klasse, 61. Klasse, 62. Klasse, 63. Klasse, 64. Klasse, 65. Klasse, 66. Klasse, 67. Klasse, 68. Klasse, 69. Klasse, 70. Klasse, 71. Klasse, 72. Klasse, 73. Klasse, 74. Klasse, 75. Klasse, 76. Klasse, 77. Klasse, 78. Klasse, 79. Klasse, 80. Klasse, 81. Klasse, 82. Klasse, 83. Klasse, 84. Klasse, 85. Klasse, 86. Klasse, 87. Klasse, 88. Klasse, 89. Klasse, 90. Klasse, 91. Klasse, 92. Klasse, 93. Klasse, 94. Klasse, 95. Klasse, 96. Klasse, 97. Klasse, 98. Klasse, 99. Klasse, 100. Klasse.

## DER MORD

an  
**Karl Liebknecht**  
und  
**Rosa Luxemburg**

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten.  
116 Seiten Preis 6.— Mark

Zu beziehen von der  
**Buchhdlg. „Freiheit“**  
Breite Straße 8-9.